

BLAUPAUSE

Norbert Kleinwächter im Bundestag

Mai 2018

In dieser Ausgabe:

Europaweite Umverteilung
Spitzel im Bundestag
Direkte Demokratie
Die Migrationskrise geht weiter
Neuigkeiten zum Elysée-Vertrag
Genug GEZahl - Schluss mit den
Zwangsgebühren
und mehr!



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

Vermischtes

Spitzel im Haus
Direkte Demokratie
Im Namen Allahs - Antisemitismus an Schulen

Internationales

Europaweite Umverteilung - Der deutsche Bürger zahlt
Migrationskrise geht weiter
Brexit und die Folgen
Einseitige Liebe zu Frankreich – die Erneuerung des Elysee-Vertrags

Aufgespießt

Ein fiktives Interview mit der Kanzlerin

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Das Geschäft mit dem Wohnraum
Genug GEZahlt - Schluss mit dem Rundfunkbeitrag
Norbert Kleinwächter zu Gast in Cottbus

Termine im Juni



Liebe Leser,

eine Politik für Deutschland zu gestalten, ist in der heutigen Zeit schwierig geworden. Man solle Europa im Herzen tragen, hörte ich kürzlich auf einer Veranstaltung. Barmherzigkeit und Wärme seien wichtig. Und natürlich ist das im interpersonellen Kontext wichtig. Wer aber vor Idealen, vor Ismen, die Fakten, die Wahrheit und damit auch die Risiken vernachlässigt, der betreibt keine Politik, sondern der spekuliert. Und das auch noch schlecht. Gerade bei riskanten Spekulationen läuft nicht immer alles gut. Inmitten dieser herzerwärmenden Rhetorik hat nun die AfD im Bundestag Platz genommen. Unsere Aufgabe ist es, Dinge klar zu benennen, Missstände lückenlos zu belegen und aufzuzeigen: Angela Merkel gehört mit ihrer argumentativ rückständigen Führungsclique genauso weg wie EU-Kommissionspräsident Juncker mitsamt seinen machthungrigen „europäischen“ Kommissaren.

An dieser Schnittstelle steht auch meine Arbeit als Mitglied des Bundestags. Im Ausschuss für europäische Angelegenheiten schaue ich Brüssel auf die Finger, im Bereich Arbeit und Soziales entwickle ich eine neue Idee für die beschädigte soziale Marktwirtschaft in Deutschland, und im Bildungsausschuss fordere ich das ein, was ich schon als Lehrer von meinen Schülern verlangte: Leistung, Qualität, Reflexion und Verantwortungsbewusstsein statt Gender, Nivellierung und Inklusion auf Mindestniveau. Im Europarat setze ich mich schließlich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein – und führe auf internationaler Ebene den Dialog zugunsten einer europäischen Zusammenarbeit, die auf konservativen Werten und dem Respekt vor der demokratischen Willensbildung in den Ländern gründet und nicht auf einer Doktrin von Vereinigten Staaten von Europa. Europa trage ich auch im Herzen. Doch gerade wenn wir Frieden sichern und die Zusammenarbeit befördern wollen, darf niemand einen anderen bevormunden. Diesen Zusammenhang müssen aber die zum Teil geradezu hasserfüllten anderen Fraktionen im Umgang mit uns erst einmal wieder lernen. Und so habe ich doch irgendwie nicht aufgehört, Lehrer zu sein.

Von meinen und unseren Aktivitäten und Initiativen im Bundestag berichte in dieser „Blaupause“. Viel Spaß beim Lesen dieser ersten Ausgabe!

Norbert Kleinwächter



Spitzel im Haus

Die politischen Gegner setzen alles daran, unserer Partei zu schaden. Dass sie auch Mittel einsetzen, die sonst nur in totalitären Regimen zum Tragen kommen, schadet der demokratischen Kultur in unserem Lande. Wenn ein Redakteur der taz dazu aufruft, AfDler so lange zu terrorisieren, bis sie sich nicht einmal mehr trauen, zum Bäcker zu gehen, fühlt man sich an 1933 erinnert. Einige Vorgänge in den Bundestagsgebäuden erinnern an Stasi-Zeiten. Bekannt wurde die „Enttarnung“ eines Mitarbeiters Gaulands. Da in der Regel nur Mitarbeiter in die Gebäude kommen oder eingeladene, polizeilich angemeldete Gäste, muss eine Partei Leute eingeschleust haben, die die Türschilder des Referenten fotografierten. Auch auf der Etage der Mitarbeiter von Kleinwächter tauchte vor kurzem ein unbekannter Besucher auf, der sich sehr auffällig benahm, indem er von Tür zu Tür ging und die Schilder in Augenschein nahm. Als er angesprochen wurde, floh er durchs Treppenhaus.

Direkte Demokratie

In einem Welt-Artikel vom 08. März heißt es: „Die AfD hängt dem Rousseau’schen Irrtum an, das Volk sei gut. Sein Wille solle geschehen. Volksentscheide sollten in allen wichtigen Politikfeldern das Parlament binden.“ Ist das nicht ein interessanter Satz? Ja, die AfD möchte Volksentscheide auf Bundesebene nach dem Schweizer Vorbild einführen und ja, die Schweiz hat die direkteste aller Demokratien auf diesem Planeten, aber nein, den Willen des Volkes als Irrtum zu bezeichnen, das ist der eigentliche Irrtum.



Das Wort „Demokratie“ kommt von den lateinischen Wörtern „Demos“, Volk und „Kratein“, herrschen, bedeutet also „Herrschaft des Volkes“. Allein der Name sagt also schon alles und während man in der Schweiz als mündiger Bürger über die Abschaffung von Minaretten und dem „Billag“ (dem Schweizer Pendant zur GEZ) abstimmen kann, wird in Deutschland das Votum der Bürger ignoriert. Das zusammen mit der Bundestagswahl durchgeführte

Volksbegehren zur Offenhaltung des Berliner Flughafens Tegel wurde mit einer Mehrheit von 56,4 Prozent zugunsten des Weiterbetriebs beschieden. Dennoch hält es der Rot-Rot-Grüne Senat nicht für nötig, den Willen der Bürger auch umzusetzen. Das Volksbegehren ist rechtlich nicht bindend, auf Bundesebene ist es sogar nur bei einer „Gebietsneugliederung“ nach Art. 29 Abs. 4 Grundgesetz möglich.

Wir haben in unserem Land eine repräsentative Demokratie. Heißt: Der Bürger geht alle vier Jahre zur Wahl und gibt seine Stimme im wahrsten Sinne des Wortes ab, denn danach entscheiden die Politiker ganz allein über das Schicksal unseres Landes, so geschehen beispielsweise bei der Einführung des Euro, wobei Altkanzler Helmut Kohl (CDU) später in einem Interview zugegeben hat, dass er mit einem Volksentscheid grandios gescheitert wäre.

Eine Sache, die immer noch über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird, ist die Massenmigration, mit der Angela Merkel geltendes Recht außer Kraft gesetzt hat. Hätte man die Deutschen bei all diesen wichtigen Dingen befragt, wie es die Alternative für Deutschland fordert, wären die meisten, wenn nicht alle Vorhaben gescheitert. Dass das Volk nicht nach seinem Willen gefragt wird, hat also Methode.

Die Einstellung vieler Politiker, „was kümmert mich mein Geschwätz von vor der Wahl“ ist ja auch praktisch, denn mit den Bezügen lässt es sich vier Jahre lang gut aushalten und damit das auch so bleibt, gilt sowieso nicht der Wille des Volkes, sondern jener von Lobbyisten und Eurokraten. Auf letztere kann man

dann die besonders unbeliebten Entscheidungen einfach abschieben. Zumindest galt das bis vor kurzem noch. Jetzt gibt es auf einmal eine ganze Reihe Menschen mit „dem Rousseau’schen Irrtum“, die sich ihre Macht wieder zurückholen.



Hier gibt es eine Übersicht der politischen Ziele der AfD-Bundestagsfraktion.

Im Namen Allahs - Antisemitismus an Schulen

Die antisemitische und anti-deutsche Haltung, die einige muslimische Einwanderer mittlerweile in den Schulen zeigen, ist eine ernsthafte Gefahr für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Die AfD hat mehrfach davor gewarnt, dass es durch die massenhafte und unkontrollierte Aufnahme nicht identifizierbarer, teilweise radikal muslimischer Einwanderer zu Kulturkonflikten kommen werde. Leider müssen wir feststellen, dass diese Politik, die die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit von Anbeginn an missachtet hat, nun auch auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen wird. Politik und Gesellschaft müssen die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen nachdrücklich dabei unterstützen, das vorhandene Recht durchzusetzen. Die Würde des



Menschen – eines jeden Menschen – ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Wenn unser neuer Bundesheimatminister seine geflügelten Worte ernst nähme, würde er das tun, was die Schulen am besten von diesem Problem befreien würde: Diejenigen, die hier illegal eingereist sind und eigentlich gar keinen Aufenthaltsstatus haben oder haben dürften, sind sofort abzuschieben.

Für diejenigen, die nachweisbar echte Flüchtlinge mit Aufenthaltsprivileg sind, bleibt festzuhalten:

Wenn ein Jugendlicher oder seine Eltern die Auffassung vertreten, dass Nicht-Muslime wie ehrloser Abfall zu behandeln seien, weil der Islam über allem stehe, muss unsere Gesellschaft ihnen eindeutig vermitteln, dass sie unsere Werte zu respektieren haben: nämlich dass wir eine freie Gesellschaft sind, die Toleranz allen Religionen und Einstellungen gegenüber pflegt und in die Antisemitismus und Diskriminierung nicht einmal ansatzweise Einzug erhalten dürfen. Gerade auch die Kinder müssen lernen, dass nicht die Scharia, sondern das Grundgesetz an erster Stelle steht.

In welchem Land leben wir denn, wenn nicht-muslimische Kinder an unseren Schulen bedroht werden und diese Kinder und deren Eltern dann die Erfahrung machen, dass die Täter geschützt werden und nicht die Opfer? Gerade in der Schule darf ein muslimischer Schüler nicht lernen, dass es in Ordnung ist, jemanden zu diskriminieren. Deshalb muss auch eine Schule mit aller Härte gegen religiöses Mobbing vorgehen. Unsere Schulen müssen die Schüler schützen, die unsere westlichen Werte vertreten, und in keinem Fall die Schüler, deren Werte im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.

In sämtlichen dieser Fälle ist aufgrund der Kindeswohlgefährdung sofort das Jugendamt einzuschalten, das auch prüfen muss, inwiefern das soziale Umfeld des Schülers die durch ihn ausgehende Kindeswohlgefährdung seiner Mitschüler begünstigt, also inwiefern in der Moschee, im Elternhaus oder im Freundeskreis die Haltung vorherrscht, dass „Ungläubige“ wie Abschaum behandelt werden können. In entsprechend schweren Fällen ist auch zum Schutz der Allgemeinheit der komplette Katalog der erzieherischen und pädagogischen Maßnahmen der Jugendämter zu nutzen.



Internationales

Europaweite Umverteilung - Der deutsche Bürger zahlt

Die Griechenlandkrise scheint längst vergessen. Es mag daran liegen, dass das Schulden-machen in der EU salonfähig geworden ist. Außer 11 Mitgliedstaaten überschreiten fast alle Euroländer die einst vereinbarte Defizitgrenze von 60% des BIP und verstoßen damit gegen die Verträge von Maastricht. Das Problem ist nur, dass einige Länder für die anderen zahlen müssen – allen voran Deutschland. Der deutsche Steuerzahler haftet heute mit 400 Milliarden Euro für die vielen faulen Kredite in anderen EU-Ländern. Was mit bereits gewährten Krediten geschieht, hat sich in der Vergangenheit bereits gezeigt. Die deutschen Forderungen an andere europäische Banken, die sogenannten Target2-Salden, haben einen Wert von 900 Mrd. Euro erreicht - und so wie es aussieht sind sie unwiederbringlich verloren. Alles in allem ist das so viel Geld, wie dem deutschen Staat für ein Jahr zur Verfügung steht.

Und nun soll dem Bundestag auch noch jeglicher Einspruch gegen die Haftung seiner Bürger entzogen werden, indem der europäische Rettungsschirm ESM



zum Europäischen Währungsfonds (EWF) ausgebaut werden soll. Die Groko macht mit, wir sind dagegen.



Migrationskrise geht weiter

Seitdem die Balkanroute geschlossen ist, verlagern sich die Flüchtlingsströme wieder in die südliche Mittelmeerregion. 90 % aller irregulären Überfahrten führen von Nordafrika nach Italien. Die Problematik hat sich auch im Jahr 2017 nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland betrug 220.000. Andere EU-Staaten unternahmen immerhin den Versuch, den anhaltenden Zustrom von Migranten einzudämmen, indem sie die nordafrikanischen Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklären wollten. Deutschland machte nicht mit. Dann versuchte man, mit der Einrichtung von Auffanglagern in den betreffenden Ländern die Lage unter Kontrolle zu bekommen – auch ohne Erfolg.

Nicht einmal die Verteilung der Antragsteller auf die EU-Länder war gerecht. Das sogenannte Dublin-Abkommen ist im vergangenen Sommer gescheitert. Italien und Griechenland wurden mit ihren Problemen allein gelassen und Deutschland nimmt weiterhin einen weit überproportionalen Anteil an Flüchtlingen auf. So war der Anteil der Asylantragsteller 2016 in Deutschland je 1 Mio. Einwohner achtmal so hoch wie in Frankreich.



Hier geht es zu meiner Rede zu dem Thema „Europaweite Umverteilung“.

Brexit und die Folgen



Am 29. März 2019 soll es dann soweit sein. Großbritannien verlässt die EU. Derzeit versucht man sich über die Modalitäten in der Übergangsfrist bis Ende 2020 und die Handelsbeziehungen danach einig zu werden. Als das britische Volk den Ausstieg beschlossen hatte, gefielen sich die deutschen Medien einmütig darin, mit Häme die negativen Konsequenzen für das Vereinigte Königreich zu kommentieren und England den wirtschaftlichen Niedergang zu prophezeien. Heute wird klar, dass vor allem Deutschland Verlierer des Brexit ist. Eine Studie, die vom Europäischen Ausschuss der Regionen in Auftrag gegeben wurde, kam zum Ergebnis, dass innerhalb der EU deutsche Regionen vom Austritt Großbritanniens am stärksten betroffen sind. Hierzu gehören vor allem die Großstädte Hamburg, Berlin und Düsseldorf.

Aber wie kam es überhaupt zu der Entscheidung der Briten? Sicherlich hatte Großbritannien in der EU schon immer eine Sonderstellung, aber interessant ist doch der Zeitpunkt, zu dem der Austritt aus der EU und damit die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität beschlossen wurde. Damals stand zunächst die angekündigte Visa-Liberalisierung für Türken im Raum, es gab eine massive Zuwanderung aus Polen, aber vor allem fühlte sich der Inselstaat von der Einwanderung aus den arabischen Ländern bedroht. Verantwortung dafür trägt vor allem Angela Merkels Grenzöffnung im Jahr 2015. Angela Merkels Politik stellt sich inzwischen auch in anderer Hinsicht als Eigentor für Deutschland heraus. Nachdem das wichtige Dreierbündnis mit Frankreich und Großbritannien endete, steht Deutschland zunehmend isoliert anderen Bündnissen gegenüber, die Akzente in der EU-Politik setzen werden. Es sind vor allem die der nordischen (Schweden, Dänemark / Finnland), der südlichen (Frankreich / Italien / Spanien) und der östlichen (Visegrad: Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) EU-Staaten. Hinzu kommen die höheren Forderungen an die deutschen Beiträge zum EU-Haushalt, die durch das Ausscheiden Großbritanniens begründet werden. Aber das kümmert die Geko (gestrige Koalition) nicht. Im Koalitionsvertrag teilte sie ohne Not die Bereitschaft mit, die eigenen Zahlungen auch noch darüber hinaus erhöhen zu wollen.



Einseitige Liebe– die Erneuerung des Elysee-Vertrags mit Frankreich



Die deutsch-französische Zusammenarbeit soll intensiviert werden. Bei dem Vorhaben, den Elysée-Vertrag von 1963 zu erneuern, geht es konkret um eine Verstärkung der Kooperation in den Grenzgebieten, eine Zusammenarbeit in der Verteidigung, um den Ausbau der Verkehrswege, um neue gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Sprachvermittlung, Bildung, Kultur und Jugend. Das klingt alles ganz gut, ist aber auch nicht so neu. Gibt es doch seit Jahrzehnten viele deutsch-französische Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit von Hochschulen bei gemeinsamen Bildungsabschlüssen, die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks sowie zahlreicher anderer binationaler Institutionen. Warum also eine Erneuerung? Wohl weil es nicht funktioniert. In Frankreich lernen inzwischen 37 Prozent der Schüler Spanisch, nur rund 14 Prozent entscheiden sich für Deutsch. Anstatt zu fragen, warum Deutsch in Frankreich so unattraktiv ist, werden die vielen Maßnahmen bejubelt, die Deutschland und Frankreich einander näher bringen sollen.

So geschehen beim Treffen der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zum Elysée-Vertrag am 17. Mai im deutschen Bundestag. Die Arbeitsgruppen waren am 55. Jahrestag des Vertrages in der Assemblée Nationale im Beisein deutscher Parlamentarier ins Leben gerufen worden, um eine Neufassung des Vertrages vorzubereiten. Das erste vom Bundestagspräsident Schäuble eröffnete Treffen der Arbeitsgruppen in Berlin wurde vor allem vom deutschen Enthusiasmus getragen. Die Franzosen nahmen das Ganze von der gelassenen Seite, wenn sie denn überhaupt nach Berlin kamen. Immerhin

waren die meisten von ihnen zwei Stunden nach der Eröffnung eingetrudelt - eine bedeutende Verbesserung, verglichen mit der Feier des Jahrestags in Paris, bei der nur 150 von 577 französischen Abgeordneten anwesend waren. Im Tagungssaal des Deutschen Bundestages nahmen dann die französischen Delegierten auch die Abstimmung über die kaum bekannten Positionspapiere mit Gleichmut hin. Dass alle relevanten Unterlagen – etwa 100 Seiten Text - den Abgeordneten erst zwei Tage vor dem Treffen zur Verfügung gestellt worden waren, schien auch die meisten deutschen Abgeordneten nicht zu stören. Der Antrag von Norbert Kleinwächter, die Abstimmung aufgrund fehlender Kenntnis der Sachlage zu verschieben, wurde abgelehnt. Bei der vierstündigen Anhörung der deutsch-französischen Interessengruppen und Organisationen schliefen die Franzosen fast ein. Aus dieser Lethargie wurden sie nur bei der Ansprache einiger neuralgischer Punkten gerissen, z.B. der Diskussion der militärischen Zusammenarbeit. Leider braucht es für Militäreinsätze in Deutschland immer die Zustimmung des Parlaments. Die andauernde Lobhudelei der Referenten und ihrer Zuhörer wurde nur durch wenige kritische Bemerkungen unterbrochen, so etwa durch den Beitrag des Vertreters des Arbeitgeberverbandes (BDA), der vor einer Vereinheitlichung der Sozialstandards in den geplanten grenzüberschreitenden Eurodistrikten warnte.

Vielleicht wird auf deutscher Seite dauerhafte Ernüchterung eintreten, wenn sich zeigt, dass letztendlich die französische Assemblée Nationale das entscheidende Sagen hat. Frankreich hat seine

eigenen Interessen und wird sich der deutschen Umarmung vor allem in militärischen Fragen entziehen. Ob die Franzosen Eurodistrikte im Elsass dulden werden, bleibt auch abzuwarten. Die französische Regierung ist diplomatisch genug, um sich alternative Optionen etwa mit den Südländern offenzuhalten. Noch braucht Frankreich Deutschland als Finanzier. Und so scheint es, dass die vielfach beschworene Achse mit Frankreich nur hält, solange sich Deutschland auf die Forderungen der Franzosen auf EU-Ebene einlässt: ein Finanzminister, Ausweitung der deutschen Zahlungsgarantien in Europa (ESM), sowie eine gemeinsame von Frankreich dominierte Sicherheitsstruktur.



Aufgespießt

Ein fiktives Interview mit der Kanzlerin

Sehr geehrte Frau Kanzlerin, wie lautete der Text Ihrer Vereidigung im deutschen Bundestag?

Merkel: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden (...) werde. So wahr mir Gott helfe.“ (Bundestag)

In Ihrer Heimat riefen 1989 die Demonstranten: „Wir sind das Volk.“ Sie waren damals Funktionärin der letzten DDR-Regierung. Wie halten Sie es heute mit dem Volk?

Merkel: „Ich bin genauso das Volk, wie andere das Volk sind.“ (Bei Anne Will, 20. November 2016)

Sie sprechen heute eher von „Land“ als von Volk. Wie sehen Sie „Ihr Land“ während der Krise der Zuwanderung?

Merkel: „Unser Land kann stolz darauf sein, dass es diese dramatische, humanitäre Herausforderung so gut gemeistert hat.“ (Interview in : Hannoversche Allgemeine, 6.9.2017)

Manche Menschen äußern sich kritisch und befürchten, dass es mit unserem Wohlstand bald vorbei ist. Wie ist Ihre Meinung?

Merkel: „Ich wünsche mir, dass Deutschland wirtschaftlich so stark oder noch stärker als heute ist und damit auch sozial noch gerechter sein kann.“ (Interview in : Hannoversche Allgemeine, 6.9.2017)



Aus dem Wahlkreis

Das Geschäft mit dem Wohnraum

Als Bundestagsabgeordneter liegt mir neben den Belangen der großen Weltpolitik selbstverständlich immer auch die Brandenburger Heimat am Herzen. So freue ich mich immer über eine gute Rückkopplung von der Basis her und entsprechende Anfragen.

Auf diese Weise bin ich auf ein Problem in einer mittleren Kleinstadt aufmerksam gemacht worden, welches sich aber auch in anderen Regionen finden lassen dürfte. Konkret geht es darum, dass sich gerade städtische Wohnungsbaugesellschaften eines bestimmten Mietermilieus dadurch entledigen, dass sie Gebäude über Jahre verkommen lassen, dann mit großem Aufwand sanieren und ggf. die Wohnflächen noch großzügig erweitern. Im Ergebnis dürfen die ehemaligen Mieter „theoretisch“ wieder in ihre Wohnungen zurück, was ihnen dann aber letztlich durch die gestiegenen Kosten oder durch den Umstand verwehrt wird, dass die neue Wohnfläche den durch Hartz IV vorgegebenen Satz sprengt. Eine Kleine Anfrage wurde von mir bereits an die Bundesregierung gestellt, das Ergebnis werde ich baldmöglichst veröffentlichen.



Genug GEZahlt - Wir sagen dem Rundfunkbeitrag in Brandenburg den Kampf an

Die Volksinitiative „Genug GEZahlt e.V.“, bei der Norbert Kleinwächter einer der Initiatoren ist, hat es sich zum Ziel gesetzt die Zwangsgebühren für TV und Rundfunk abzuschaffen. Mit mehr als 8 Milliarden Euro jährlich steht den Öffentlich-Rechtlichen weit mehr Geld zur Verfügung als dem Bundesministerium des Innern. Außerdem ist der Rundfunkbeitrag schon lange nicht mehr zeitgemäß, geweiße denn gerecht. Jeder Haushalt muss zahlen, ganz egal ob und wie oft geschaut wird. Außerdem fungieren ARD und ZDF mittlerweile als Sprachrohr der Bundesregierung und nehmen daher ihren Auftrag der neutralen Berichterstattung nicht mehr hundertprozentig wahr. Ziel von „Genug GEZahlt“ ist es, den Rundfunkbeitrag in einem Volksentscheid zur Landtagswahl in Brandenburg 2019 zu kippen. Sollte das gelingen, muss neu verhandelt werden.

Die Volksinitiative wurde im Mai von den Vorsitzenden Rene Springer und Dietmar Ertel der Presse vorgestellt. Das Echo der „Staatsmedien“ war entsprechend verhalten. Norbert Kleinwächter, der sich bei der Volksinitiative freiwillig im Hintergrund hält, um die Anzahl der AfD-Mitglieder im Vorstand etwas geringer zu halten, wird das Projekt demnächst in den Brandenburger Landtag einbringen.



Norbert Kleinwächter zu Gast in Cottbus

Am 7. Mai war Norbert Kleinwächter zu Gast in Cottbus-Kiekebusch. Die Sportgaststätte „Zur Spreeperle“ war gut gefüllt. Kaum ein Sitzplatz ist leer geblieben in dem Veranstaltungsraum im Obergeschoss des Gasthauses. Der Empfang durch die Kreisvorsitzende Marianne Spring-Räumschüssel war sehr herzlich, auch wenn es von ihrer Seite gleich zu Anfang ein paar unerfreuliche Nachrichten zu verkünden gab. Die AfD darf die Räumlichkeiten des Restaurants in Zukunft nicht mehr nutzen. Außerdem durfte bereits jetzt nicht mehr für die Veranstaltung plakatiert werden. Das Motto des Abends war schnell gefunden, es lautete: Wir lassen uns nicht unterkriegen, nicht von den Altparteien und auch nicht von den Medien. Und das scheint auch aufzugehen, zumindest in Cottbus, da liegt die AfD liegt derzeit laut Umfragen bei fast 30 Prozent.

Norbert Kleinwächter sprach zirka zwei Stunden über die EU, den Brexit und die Gründe dafür, sowie den Euro. Außerdem stellte er das Konzept der Subsidiaritätsrüge vor, die er selbst auf die Tagesordnung des Bundestags brachte. Durch seine charismatische Art und sein fundiertes Fachwissen überzeugte er das Publikum schnell von seiner guten Arbeit im Bundestag.



Aus dem Publikum hieß es, es sei die beste AfD Veranstaltung gewesen, die es in Cottbus je gab. Nach dem Vortrag beantwortete der Abgeordnete noch die Fragen der Gäste, die von der Möglichkeit ihm persönlich Fragen zu stellen zahlreich Gebrauch machten. Zum Schluss stimmten alle gemeinsam noch die inoffizielle Brandenburger Hymne, die Märkische Heide von Gustav Büchenschütz, an. Dass es nicht sein letzter Besuch sein würde, war dem Bundestagsabgeordneten schon sehr schnell klar.

Termine im Juni

Montag 11.06.2018

18:00 Uhr Online Bürgersprechstunde YouTube

Mittwoch 13.06.2018

19:00 Uhr Stammtisch in Berlin-Zehlendorf

Montag 18.06.2018

18:00 Uhr Bürgerdialog in Lehningsberg

Dienstag 19.06.2018

19:00 Uhr Bürgerdialog in Bad Saarow

Samstag 23.06.2018

16:00 Uhr Public Viewing in Kliestow - Länderspiel Deutschland gegen Schweden